



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Krahl, Kerstin Celina, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Verena Osgyan, Julia Post, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Pflege in Bayern gestalten – zukunftsweisende Ansätze im Freistaat umsetzen und auf demografische Entwicklungen reagieren!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die pflegerische Versorgung in Bayern zukunfts- fest zu machen. Dazu soll in den Ausbau der Pflegeinfrastruktur zielgerichtet und um- fassend investiert werden:

- Flächendeckender Ausbau der Pflegestützpunkte endlich umsetzen und die Pflegeberatung sichern,
- ein gezielter Ausbau der Tages- und Nachtpflege sowie der Kurzzeitpflege,
- Mobile multiprofessionelle Teams, bspw. in der geriatrischen Versorgung,
- Versorgungslücken bei Angeboten zur Unterstützung im Alltag flächendeckend si- cherstellen,
- Präventionsmanagerinnen und Präventionsmanager (z. B. zur Vermeidung von Pflegebedürftigkeit) an den Gesundheitsämtern fördern,
- die Kommunen bei der Entwicklung und Anwendung der Pflegestrukturplanung tat- kräftig unterstützen, um hier nachhaltig eine Planungssicherheit vor Ort zu schaffen,
- eine Strategie zur Quartiersentwicklung entwickeln, die von der Nachbarschaftshilfe bis zu alternativen Wohn- und Versorgungskonzepten, auch die Teilhabe zukünftig sicherstellt.

Zudem wird die Staatsregierung aufgefordert, Pflegenden Angehörige entschieden zu stärken. Dazu soll sie ein Modellprojekt zur Gründung einer Landespflegegesellschaft initiieren. Innerhalb des Modellprojektes sollen die pflegenden Angehörigen sozialver- sicherungspflichtig angestellt werden. Das Modellprojekt soll den pflegenden Angehö- rigen eine Perspektive aufzeigen und Möglichkeiten zur Unterstützung bieten.

Die Mittel aus dem Landespflegegeld, das jährlich unabhängig vom Einkommen ausge- zahlt wird, soll die Staatsregierung nutzen, um die Pflegeinfrastruktur mit den mehr als 400 Mio. Euro pro Jahr gezielt zu fördern und weiter auszubauen.

### **Begründung:**

Angesichts des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels steht der Ausbau der medizinischen und pflegerischen Infrastruktur vor großen Herausforderungen. Mit der steigenden Zahl pflegebedürftiger Menschen in Bayern sind Konzepte nötig, die gleichzeitig Unterstützungs- und Hilfsangebote vernetzen, zielgruppenspezifische An- gebote ermöglichen und eine qualitativ hochwertige Versorgung sicherstellen. Projekte

der Staatsregierung wie PflegeSoNah, das zum Ziel hat, die barrierefreie und pflegerische Versorgungsstruktur auszubauen, sind durchaus zu begrüßen. Doch hier fehlt es an finanziellen Mitteln, um den Ausbau bedarfsgerecht und zügig voranzubringen und am politischen Willen, dafür mehr finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Das Landespflegegeld besteht nun bereits seit 5 Jahren. Seit der Einführung wurden rund 2,3 Mrd. Euro ausgezahlt. Mit dem Landespflegegeld werden Einzelpersonen bezuschusst, statt entscheidende Veränderungen im Freistaat voranzubringen.

Pflegestützpunkte sind ein wichtiger Baustein, um die Beratung vor Ort zu gewährleisten. Sie müssen flächendeckend in jedem Landkreis verfügbar sein. Hier hat Bayern viele zu lange Zeit verstreichen lassen und der flächendeckende Ausbau ist bis heute nicht realisiert. Die Umsetzung digitaler Technologien darf nicht nur in Modellprojekten verharren. Investitionen in technische Infrastruktur können den Arbeitsalltag aller an der Versorgung Beteiligten erleichtern. Dazu ist es erforderlich, in die Digitalkompetenz- und Souveränität in allen Versorgungsbereichen der Pflege und bei den Fachkräften zu investieren. Hinzu kommt, dass der Aus- und Aufbau stationärer Versorgungsangebote wenig bringt, wenn nicht in die Aus- und Weiterbildung der Pflegefachkräfte und anderer an der Versorgung Beteiligten investiert wird. Für eine optimale Versorgung auf dem Land und in der Stadt ist es zukünftig unabdingbar, die sektorenübergreifende Zusammenarbeit zu fordern und zu fördern und multiprofessionelle Teams zu stärken. Kommunale Versorgungssettings, z. B. auch unter Einbeziehung hochqualifizierter Pflegefachkräfte wie die Community Health Nurse, müssen deutlich gefördert werden. Der öffentliche Gesundheitsdienst muss gestärkt und mit Fachpersonal, z. B. in Public Health oder Präventionsmanagerinnen und Präventionsmanager an den Gesundheitsämtern, ausgestattet werden.

Über 70 Prozent der Pflegebedürftigen in Bayern werden von An- und Zugehörigen versorgt. Sie sind das Rückgrat in der pflegerischen Versorgung. Die Kurzzeitpflege sowie die Tages- und Nachtpflege spielen eine Schlüsselrolle in der Entlastung pflegender Angehöriger. Hier ist ein deutlicher Ausbau notwendig, um die steigende Nachfrage zu decken und An- und Zugehörige effektiv zu entlasten. Mit dem per Gießkanne verteiltem Landespflegegeld erreichen wir diese spürbare Entlastung und Unterstützung nicht. Außerdem müssen Versorgungslücken zu Angeboten zur Unterstützung im Alltag geschlossen werden. Die Staatsregierung wird zudem aufgefordert, ein Modellprojekt zu initiieren, um den Angehörigen eine Perspektive zu bieten. Pflegende Angehörige sollen bei dem Projekt sozialversicherungspflichtig angestellt werden. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat auf Drs. 18/29670 den Vorschlag des Projektes mit einem Antrag im Juli 2023 eingebracht. Dieser wurde abgelehnt.

Die Staatsregierung hat die Möglichkeit, in Bayern weiter voranzuschreiten, zukunftsweisende Akzente zu setzen und Projekte weiterzuentwickeln, um für eine gute pflegerische Versorgung im Freistaat zu sorgen. Zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger in Bayern.